

Entschließung

betreffend ausreichende humanitäre Versorgung und Wiederherstellung der Sicherheit in Shingal und Kobanê

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres werden aufgefordert, im Rahmen der Vereinten Nationen, vor allem OCHA und UNDP, der Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen, wie in bilateralen Kontakten mit den Staaten in der Region, sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, dass für die Zivilbevölkerung, insbesondere auch Minderheiten wie Kurden, Jeziden und Christen, in den betroffenen Gebieten, vor allem in den Städten Kobanê, aber auch Shingal, der notwendige Schutz, u.a. vor Minen und Sprengfallen, gewährleistet und ausreichende humanitäre Versorgung zur Verfügung gestellt wird.